

19. AUG. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/155

Bonn, den 16. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 3

D O R E M U N D

140

Kraft - Entschlossenheit - Wille zum Sieg
 Von Günter Markscheffel

4

Die Einnahmeseite des Haushalts

50

Theaterdonner und Interessenverbände
 Von Dr. Erhard Eppier, MdB

5 - 6

Die IUSY wird stärker

92

Weltweite Organisation der Jungsozialisten
 Von Ernst Eichengrün

7

Rund um die Abrüstungskonferenz

50

Italienausflug für Delegierte - Die Schweden bleiben "am Mann"
 Von Pierre Simonitsch Genf

* * *

D O R T M U N D

Kraft - Entschlossenheit - Wille zum Sieg

Von Günter Markscheffel

"Ihr Deutschen seid ein erstaunliches Volk. Ihr habt eine große, traditionsreiche Partei, deren Anhänger in einer riesigen, einige zehntausend Menschen zählenden Kundgebung zu Beginn des wohl härtesten Wahlkampfes seit dem Krieg einen Professor andächtig und gespannt zuhören, wie er eine Vorlesung über die moralischen Werte der demokratischen Staatsform hält. Und das beinahe eine Stunde lang, an dem gleichen Ort, an dem wenige Tage zuvor der Regierungschef auf sein Publikum eine Schimpfsalve nach der anderen gegen die Sozialdemokratie abgefeuert hat." -

* * *

Der das sagt, ist ein erfahrener französischer Journalist, ein Mann, der schon viele Wahlkämpfe in allen Ländern der Welt erlebt und beschrieben hat und der so leicht nicht mehr zu beeindrucken ist.

Schulter an Schulter schieben wir uns nach der Kundgebung des 4. Deutschlandtreffens der SPD in der Dortmunder Westfalenhalle durch die fröhlichen Menschen, die nun dem Ausgang zustreben, einem gebändigten Strom gleich. Junge und Alte, Frauen und Männer, festlich gekleidet, den Freund mit einem Ruf, mit einem Handzeichen begrüßend. Eine große Familie, eine große Gemeinschaft.

Der Kollege an meiner Seite kann sich nicht beruhigen. Fragend blickt er um sich, fragend spricht er weiter, sprudelnd und erregt. Ich kenne ihn seit vielen Jahren, seinen keißelnden Spott, seine Freude am kritischen Wort. Koch nie habe ich ihn so gesehen. Wir waren zusammen einen Tag nach dem Bau der Schandmauer in Berlin, wir verspotteten uns gegenseitig in langen Stunden des Wartens auf ein Kommuniqué während irgendeiner internationalen Konferenz oder in den Wandelgängen eines Parlaments. Wir erlebten zusammen, wie Nikita Chruschtschow in Paris donnerte und die in Stalingrad nicht gefallenen Deutschen "ein paar Fuß tiefer unter der Erde" wissen wollte. Wir stießen uns an, als de Gaulle mit Adenauer in der Kathedrale zu Reims gemeinsam die Messe hörten und wir fragten uns, wie lange der "Erfolg" Erhards nach dem Kamingespräch mit Frankreichs Staatspräsident in Rambouillet wohl anhalten werde... Immer war forschende Skepsis beim Freund und Kollegen zu spüren. Hier in Dortmund erlebe ich - wenn auch nur für Augenblicke - eine Wandlung, ein ernstes Forschen, ein Erstaunen.

Endlich draußen vor der Halle, aber noch mitten im wogenden Strom der Tausenden fuchelt er mir mit den Redetexten Carlo Schmid und Willy Brandts vor dem Gesicht herum.

"Ich hab' mir genau angestrichen, wo der Beifall kam. Sieh mal hier, so ein Satz! Das ist doch kein Satz für die Rede in einer Massenkundgebung, das ist ein Wort, das hineinreicht in das ganze Wissen um die rechte Ordnung der Dinge in dieser Welt." Der Satz:

- * "Demokratie ist der Ausdruck für das Zutrauen in die Kraft und die
- * Fähigkeit der Menschen, ihr Dasein, ihr Zusammenleben, ihr Mit-
- * ander wie ihr Gegeneinander in sinnvoller Weise zu Ordnungen zu
- * fügen, die jedem das Seine lassen und dem Staate geben, was des
- * Staates ist, ohne den einzelnen zum bloßen Objekt fremden Willens

- * werden zu lassen. Wo dieses Zutrauen fehlt oder schwach ist, wer-
- * den Regierungen wenig Lust haben, aus der Definition, Demokratie
- * sei Regierung des Volkes für das Volk durch das Volk, weit genug
- * reichende Konsequenzen zu ziehen. Wir Sozialdemokraten haben Zu-
- * trauen zu den geistigen, seelischen und moralischen Tugenden un-
- * seres Volkes."

Und dann sagt er: "Eine Partei, deren Anhänger in einer Massen-
kundgebung zu Beginn des Wahlkampfes eine solche an sie gestellte For-
derung bejahen, eine solche Partei kann regieren. Ich habe jetzt
erst richtig begriffen, entschuldige bitte, was diese Sozialdemokratie
für Deutschland ist."

* * *

Professor Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages,
hat dieses Wissen im Stil des Lehrenden und Bekennenden vermittelt. Ein
Jüngerer, Hamburgs Innensenator Helmut Schmidt, setzt die Ak-
zente des Tages. Ihm war jubelnder Beifall sicher. Und doch: Auch der
jüngere Sozialdemokrat, hervorgegangen aus der Kriegsgeneration - ein
"Neuer", wie man oft sagt - stellt alles, was er sagt, in Zusammen-
hang mit dem Gewordenen, mit den Erfahrungen und den Opfern des Kamp-
fes der Deutschen Sozialdemokratie um die Freiheit unseres Volkes. Da
war das Wort von Otto Weils, der den Machthabern des Dritten Rei-
ches bei der Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz am 20. März
1933 das unerbittliche NEIN der Sozialdemokratie entgegenschleuderte:
"Die Freiheit und das Leben können Sie uns nehmen, unsere Ehre nicht!"
Da war die Besinnung darauf, was die Sozialdemokratie stark gemacht
hat, was sie zusammenhielt im Auf und Ab der Geschichte unseres Volkes:
Solidarität, Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit.

Und da war, stürmisch begrüßt von den Tausenden in der Westfalen-
halle, der Dank an Willy Brandt, der Dank und die Anerkennung
für die große politische und menschliche Leistung des Vorsitzenden der
Sozialdemokratie, der als würdiger Nachfolger eines Kurt Schumacher und
eines Erich Ollenhauer dort für Deutschland steht, wo die Gefahr am
größten ist: in B e r l i n . Wer sich dort bewährt, wer dort bewie-
sen hat, daß auf ihn Verlaß ist, kann - getragen vom Vertrauen der größ-
ten demokratischen Partei Deutschlands - fordern, daß eine in sich zer-
rissene und alle Andersdenkenden bedrückende Regierung den Platz für
eine zielbewußte und moderne Staatsführung räumt.

* * *

Ernst in das weite Rund der Westfalenhalle blickend, den stürmi-
schen Beifall mit einer Handbewegung eindämmend, steht dann Willy
Brandt vor den Mikrofonen am Rednerpult. Als Helmut Schmidt kurz vor-
her von ihm gesagt hatte, Brandts Leben, sein Wirken für das demokrati-
sche Deutschland auch in den schwersten Jahren, seine Rückkehr in das
zertrümmerte und blutende Vaterland, zerschlagen und zerfetzen alle Nie-
derträchtigkeiten, die man über ihn ausgeschüttet habe, da hatte Brandt
eine Hand über die Augen gelegt. Da dachte er wohl an alle, die wie er
für die deutsche Demokratie Opfer gebracht haben. An die Freunde, an
einen Leber, seinen politischen Lehrmeister in Lübeck, an Ernst Reuter,
seinen großen Vorgänger in Berlin und an die vielen, vielen, die, unbe-
kannt, aber tapfer, ein gleiches Schicksal hatten wie er...

Rauh und hart kommen Willy Brandts erste Worte. Er faßt zusammen,
setzt Steine, einen auf den anderen. Ein Gebäude durchdachter Politik.
Unser Volk ist mündig. Es will keine militärische Großmacht sein. Es
soll um Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet der Wissenschaft,
der Technik im friedlichen Wettbewerb mit anderen Völkern ringen.

Die sozialdemokratische Regierung wird einen Friedensvertrag vorbereiten helfen. Sie wird loyal die vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik einhalten, sie wird aber auch den Freunden und Alliierten offen sagen, welche Verpflichtungen diese gegenüber Deutschland haben. "Feigheit vor dem Freund" - das ist nicht Sache der Sozialdemokraten.

Unser Haus muß in Ordnung gebracht werden. An die Stelle von Schimpfereien, billiger Tricks und vager Versprechungen wird eine sozialdemokratische Regierung die Redlichkeit der Staatsführung setzen. Anstatt Machtmißbrauch wird sie die konstruktive Zusammenarbeit aller leberdigen Kräfte unseres Volkes fördern. Und sie wird nicht müde werden, die große wirtschaftliche Leistung des ganzen Volkes so weiterzuentwickeln, daß jeder Bürger sagen kann, "es geht mit rechten Dingen in m e i n e m Staat zu". An die Stelle der Anbetung eines raffinierten Spekulantentums wird sie Anerkennung der persönlichen Leistung durch Arbeit setzen. Denn: Dieses unser Volk darf nicht wieder einmal von leichtfertigen Regierungen um das Ergebnis seiner Arbeit betrogen werden.

Diese Gedanken Willy Brandts sind das Ergebnis der gewissenhaften Selbstprüfung einer großen Partei, die sich immer und immer wieder fragt, ob das, was sie fordert, Wirklichkeit werden kann. Die Antwort ist ein lautes und festes JA. Ein Volk, das nach dem Zweiten Weltkrieg eine so bewunderungswürdige Leistung vollbrachte, hat Anspruch darauf, anständig regiert zu werden und jenen Platz in der Familie der Völker einzunehmen, der ihm gebührt.

* * *

Als der Abend sich senkte, füllte sich der Westfalenpark mit über 200 000 Menschen, die in heiterer Gelöstheit, wieder die große Familie, den Ausklang des 4. Deutschlandtreffens der SPD gemeinsam erleben wollten. Unter ihnen wieder die Tausenden, die schon am Nachmittag vor der großen Kundgebung aufmerksam jene Diskussionen verfolgt hatten, in denen die Experten der SPD über die Probleme der Gegenwart und Zukunft, über die zu lösenden Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes mit Sachverstand gesprochen hatten. Gesundheit, soziale Sicherheit, stabile Währung, Bildungs- und Erziehungswesen, der Ausgleich zwischen Stadt und Land - alle diese Themen hatten dort zur Debatte gestanden. Es waren wohl mehr als 10 000 Frauen und Männer aller Altersgruppierungen, von denen viele vielleicht zum ersten Mal die Gelegenheit hatten, selbst zu prüfen, ob die Argumente der Sozialdemokratie für eine bessere Ordnung der Gemeinschaft stichhaltig sind, ob die Kritik an den Versäumnissen der jetzt noch antretenden Regierung und der sie tragenden Parteien berechtigt ist.

Dieser Tag in Dortmund war, als Ganzes gesehen, Ausdruck der Stärke der Sozialdemokratie. Es gibt keine Partei in Deutschland, die ihr das nachmachen könnte: Dieses Prüfen und Abwägen, aber gleichzeitig die Freude darüber, gemeinsam einer guten Sache zu dienen. Hier in Dortmund fand jener Schritt, den die Deutsche Sozialdemokratie, aufbauend auf ihre soliden Traditionen, mit dem Godesberger Grundsatprogramm getan hat, ihren berechneten Ausdruck. Eine solche Partei ist bereit und fähig, die Verantwortung im Staat zu übernehmen.

* * *

Die Einnahmenseite des Haushalts

Theaterdonner um Interessentenverbände

Von Dr. Erhard Eppler

Der Bundeskanzler hatte vom Finanzministerium wissen wollen, von wem die Anträge stammten, die das große Loch in den Haushalt gerissen hätten. Die Antwort hat den Regierungschef in einer Weise bloßgestellt, daß seine neuesten Aussfälle auf diesem Gebiet schon mehr Mitleid als Ärger erregen. Wenn ein Regierungschef eine Aufstellung verlangt, die das Gegenteil dessen erbringt, was er erwartet hatte, so ist die Frage erlaubt: Hat er, als er 41 Gesetze nach Kabinettsbeschluss den gesetzgebenden Körperschaften zuleitete, gar nicht gewußt, welche finanziellen Auswirkungen diese Gesetze haben? Und hat er auch nicht gewußt, was in seiner Fraktion und in seiner Koalition vorging?

Aber die ganze Misere unseres Haushalts hat auch eine Einnahmenseite, und gerade hier zeigt sich, daß der ganze Theaterdonner wider die Interessentenverbände nicht so ernst gemeint sein konnte. Obwohl die Mitglieder des Finanzausschusses Ende Juni die ganze Finanzmisere in Umrissen schon erkennen konnten, wurden in der letzten Sitzung des Finanzausschusses - und anschließend im Plenum - noch folgende Steuererleichterungen beschlossen: 1. zugunsten der Mineralöl- und chemischen Industrie etwa 100 Millionen an Mineralölsteuer für 1965 und 1966. In dieser Zeit sollen die Zusätze (Additive) zum Benzin nicht besteuert werden. 2. zugunsten der Landwirtschaft etwa 107 Millionen an Einkommensteuer durch das neue GdL und eine Änderung des § 13 Einkommensteuergesetz. Von diesen 107 Millionen kommen 46 Millionen allein den buchführenden Landwirten zugute, also den großen Landwirten, die zum Beispiel in Süddeutschland kaum vorkommen. Beide Gesetze wurden ohne oder gegen die Stimmen der SPD von der Koalition verabschiedet.

Die Fraktion des Bundesfinanzministers, die FDP-Fraktion, hat noch sehr viel weitergehende Anträge auf Steuererleichterung verfochten, immer in Widerspruch zu ihrem eigenen Finanzminister, der jeweils die beiden großen Fraktionen bitten mußte - oder bitten lassen mußte -, die FDP-Anträge abzulehnen. Unter anderem stellte die FDP folgende Anträge: Abschaffung der Umsatzsteuer für freie Berufe gleich 525 Millionen, Befreiung der Überstunden von der Lohnsteuer gleich 410 Millionen, zusätzlich Wünsche bei der Freistellung von Pensionen von der Lohnsteuer gleich 46 Millionen, Rückstellungen für Bauerneuerungen von vermieteten Gebäuden gleich 200 Millionen, zusammen 1,181 Milliarden. Die angeführten Zahlen stammen vom Finanzministerium. Auch bei Anträgen, die von einzelnen Abgeordneten verschiedener Fraktionen eingebracht wurden, wie zum Beispiel dem Antrag zur Senkung der Steuer auf Rauchtobak und Zigarren, war es die FDP, die auf eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode drängte. Die SPD war oft in der Versuchung, mit ihren Stimmen die FDP-Anträge durchzuboxen und es dann Dr. Dahlgrün zu überlassen, wie er sich aus der Affäre zieht. Sie hat - mit Rücksicht auf den Bundeshaushalt - dieser Versuchung nicht ein einziges Mal nachgegeben.

Wenn in finanzpolitischen Dingen sich die Fraktion des Ministers auf der freien Wildbahn der Opposition zu tummeln versucht, sind die anderen Fraktionen auf die Dauer überfordert. Man mag über die SPD denken, was man will: Ein Alex Müller würde in solchen Fällen entweder seine Fraktion zur Réson bringen oder zurücktreten, wahrscheinlich ersteres.

Die IUSY wird stärker

Weltweite Organisation der Jungsozialisten Von Ernet Eichengrün

Zum ersten Mal fand die alljährliche Tagung des Exekutivkomitees der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) außerhalb Europas statt, in Israel, wo eine sozialdemokratisch geführte Regierung Verhältnisse geschaffen hat, die für viele Entwicklungsländer ein gutes Vorbild sind. So konnten in Haifa die außereuropäischen Mitgliedsorganisationen aus 23 Nationen eine größere Rolle spielen als zuvor. Ihre Probleme standen im Vergleich zu den Problemen der 16 vertretenen europäischen Nationen im Vordergrund.

Vielleicht hat sich mancher in Europa im Laufe der Jahre schon so sehr an die Klagen der in kolonialer oder nachkolonialer Abhängigkeit stehenden Völker gewöhnt, daß sein Gewissen ihn erst dann zu Aktionen treibt, wenn geschossen wird. Ganz abgesehen von jenen konservativen Kreisen, die nationale und ökonomische Unabhängigkeit nicht aus humanitärer und demokratischer Konsequenz, sondern lediglich aus Furcht vor dem Kommunismus gewähren.

Es ist daher gut, daß die europäischen Jungsozialisten in der Internationalen Union of Socialist Youth, die - anders als die Sozialistische Internationale der Parteien - weltweit organisiert ist, auf Tagungen und Seminaren von ihren Freunden aus Asien, Afrika und Lateinamerika immer wieder aus erster Hand über ihren Kampf informiert werden. Und es ist gut, daß die Sozialisten aus den jungen Nationen wissen, daß sie in Europa Freunde haben, die als demokratische Sozialisten gegen Ausbeutung und Unterdrückung sind.

Selbstbestimmung für alle Völker

Genau so wie die Sprecher der Entwicklungsländer in der IUSY immer wieder für das deutsche Recht auf Selbstbestimmung eingetreten sind, konnten und können sie sich auf die Unterstützung der Deutschen Jungsozialisten bei ihrem Kampf verlassen. So auch auf der Konferenz in Haifa, auf der sich die 80 Delegierten und Beobachter rasch über die Stellungnahme der IUSY zu den drängendsten Problemen einigten. Sie forderten die Stärkung der UNO, die Ausdehnung des Teststopp-Abkommens auf unterirdische Explosionen, die Verstärkung und Entpolitisierung der Entwicklungshilfe und die friedliche Beilegung von Grenzkonflikten.

Die IUSY bekannte sich zur Befreiungsbewegung in Süd- und Südwestafrika und beschloß, ihre Arbeit gegen die rassistische Apartheidspolitik zu verstärken. Das wird auch für uns eine Aufgabe sein. Die IUSY wandte sich weiter gegen die weiße Vorherrschaft in Zimbabwe (Südrhodesien) und forderte das gleiche Wahlrecht für die Afrikaner. Sie setzte sich für das Selbstbestimmungsrecht für die portugiesischen Kolonien in Afrika, für Aden und viele andere abhängige Territorien ein. Sie verurteilte Sukarnos Aggression gegen Malaysia und seine Verhinderung der Volksabstimmung in Westiran.

Ein Telegramm aus Santo Domingo

Vierzehn Tage vor der Konferenz hatte die IUSY ein Telegramm aus Santo Domingo erreicht, dessen Telegrafentext von den Truppenpräsident

Caamano gehalten wird. In diesem Telegramm beantragte die Juventud Revolucionaria Dominicana ihre Aufnahme in die IUSY. Dieses Ereignis ist der augenfälligste Beweis für den Durchbruch, den die IUSY, die bisher in Asien und Afrika schon gut vertreten war, in diesem Jahr in Lateinamerika erzielte. Jugendorganisationen aus fünf weiteren lateinamerikanischen Ländern traten der IUSY bei, mehr werden folgen. Da außerdem Organisationen aus Dahomey, Mauretanien, Niger, Singapur, Aden, Iran und der Elfenbeinküste aufgenommen wurden, wird der im nächsten Jahr fällige Kongreß der IUSY das rasche Wachstum und damit die steigende Bedeutung der Jugendinternationale anschaulich demonstrieren. Der seit zwei Jahren amtierende Generalsekretär, Sture Erikson aus Schweden, hat gute Arbeit geleistet.

Leider konnte der Präsident der IUSY, Kyi Nyunt aus Burma, auch in diesem Jahr nicht an der Konferenz teilnehmen, weil er von dem burmesischen Militärregime unter Ne Win wie viele andere Sozialisten ohne Angabe von Gründen seit über einem Jahr gefangen gehalten wird. Da Ne Win die innenpolitische Unfreiheit durch außenpolitische Annäherung an die Kommunisten kompensiert, konnte er unsere bisherigen Proteste ignorieren. Desto mehr müssen wir uns in Zukunft darum bemühen, die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren.

Anerkennung für deutsche Jungsozialisten

Horst Seefeld, der Vizepräsident der IUSY, war infolge des Wahlkampfes ebenfalls an der Teilnahme verhindert, die Konferenz wünschte ihm einen vollen Erfolg bei seiner Bundestagskandidatur. Bemerkenswert und symptomatisch für die richtige internationale Arbeit der deutschen Jungsozialisten war, daß die belgischen Jungsozialisten, zu denen sie im November 1964 wegen ihres Zusammengehens mit den Kommunisten die Beziehungen abgebrochen hatten, jetzt auf eigenen Wunsch aus der IUSY ausschieden.

Die deutschen Jungsozialisten laufen also keineswegs Gefahr isoliert zu werden, wie damals einige Pessimisten meinten. Ihre Stellung in der IUSY und insbesondere ihr Verhältnis zu den außereuropäischen Mitgliedsorganisationen ist nach wie vor gut. Sie haben viele Freunde draußen und sie werden die Kontakte zu ihnen sowohl im Rahmen der IUSY-Arbeit als auch auf bilateraler Basis weiter pflegen und intensivieren. So konnten sie im Anschluß an das IUSY-Camp neben einem Vertreter der koreanischen Sozialisten den Sekretär der madagassischen Jungsozialisten und eine starke Delegation der Jugend der demokratischen Sozialisten Japans bei uns begrüßen. Die Deutschen Jungsozialisten stellten weiterhin ein starkes Kontingent der IUSY-Delegation, die im Juli Tunesien besuchte und dabei von Präsident Bourguiba empfangen wurde.

Rund um die Abrüstungskonferenz

Italienausflug für Delegierte - Die Schweden bleiben "am Mann"

Von Pierre Simonitsch, Genf

Italiens Außenminister Fanfani hat alle Delegationen zu einer fünftägigen Reise nach Italien eingeladen. Teilnahmeberechtigt sind zwei Mann pro Delegation mit ihren Frauen. In Rom sollen die Diplomaten Gelegenheit haben, mit dem italienischen Außenminister über aktuelle Probleme zu diskutieren.

Die äußerst diskret vorbereitete Reise läßt natürlich die Vermutung aufkommen, daß es sich dabei nicht nur um einen Ausdruck italienischer Gastfreundschaft handelt. Erstaunlich ist nämlich, wie schnell die Delegierten der kommunistischen Länder die Einladung annehmen;

Seitdem die offiziellen Diskussionen nach dem Austausch der ersten Unfreundlichkeiten scheinbar schon wieder ins Stocken geraten sind, könnte es beim gemütlichen Zusammensein ohne neugierige Journalisten, Beobachter und Bevollmächtigte vielleicht zu einer gewissen Annäherung kommen.

Ein Lichtblick in dieser norosen Atmosphäre von Wortgeplänkel und Polemiken mangels konkreter Vorschläge war die Intervention der schwedischen Botschafterin Alva Myrdal zu Beginn der vorigen Woche. In bestechender Klarheit legte Botschafterin Myrdal die Argumente ihrer Regierung dar: Ein Konproliferationsabkommen dürfe nicht allein auf Kosten der Nichtatomstaaten gehen, während die Atommächte ihren Rüstungswettlauf weiterführen würden; beide "Klassen" von Staaten müßten gleichwertige Opfer dafür bringen. Die "Opfer" der Atommächte sollen nicht in Form von irgendwelchen zweifelhaften Sicherheitsgarantien gegenüber den Neutralen gebracht werden, sondern aus einer stufenweisen Beschränkung der eigenen Rüstung bestehen.

Mit dieser Absage an die Sicherheitsgarantien - die in privaten Gesprächen auch von den Indern geäußert wurde - räumen die Schweden mit dem von einigen Staaten verbreiteten Mythos auf, wonach die Neutralen einen Nonproliferationsabkommen nur bei Einschluß von komplizierten Beistandsklauseln zustimmen würden. Was die Neutralen wollen, ist eine bindende Zusage von seiten der Atommächte auf baldige praktische Abrüstungsschritte.

Indirekt beschuldigte die schwedische Botschafterin die westlichen Delegationen, die Notwendigkeit eines Konproliferationsabkommens künstlich hochzuspielen und dabei die Ausweitung des Moskauer Teststoppabkommens auf unterirdische Atomversuche geßissentlich zu übergehen, obwohl in der Resolution der UNO-Abrüstungskommission beides gerade umgekehrt präsentiert wird. Ein komplettes Teststoppabkommen hätte de facto die gleiche Wirkung wie ein Konproliferationsabkommen, meiner die Schweden. Die Überperfektion der gegenwärtig bestehenden Abschuß- und Verteidigungssysteme mache es etwaigen neuen Atomstaaten fast unmöglich, einsatzfähige Nuklearwaffen ohne eine Reihe von Versuchen zu entwickeln. Zur Lösung der Kontrollschwierigkeiten eines Verbots unterirdischer Atomversuche könnte der nun offiziell unterbreitete schwedische Plan einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seismologie ("Detection Club") beitragen. Die Schaffung eines weltweiten Beobachtungsnetzes scheint realistisch. Warum könnte die Planung einer solchen internationalen Zusammenarbeit nicht jetzt begonnen werden? fragt Botschafterin Myrdal. Die Antwort liegt nun bei den Großmächten.